

vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

Keine Privatisierung

Die Delegierten des SPD-Landesparteitags haben am 5. Dezember in einem vom Kreis Friedrichshain-Kreuzberg eingebrachten Antrag eine Reihe von Mindestanforderungen an eine Bundesfernstraßengesellschaft festgelegt, darunter auch die Ablehnung einer Mehrbelastung von privaten Autofahrern über Mautgebühren ohne adäquate Entlastung. „Die SPD in Land und Bund wird der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft nur zustimmen, wenn die mittelbare und unmittelbare Privatisierung der Bundesfernstraßen, PPP-Projekte, die Subventionierung der Finanzindustrie und Lohndumping wirksam unterbunden werden“, heißt es im Beschluss.

Gegen schnelle Trennung

Gegen eine Trennung von (Senats-)Amt und (Abgeordneten-)Mandat noch in dieser Wahlperiode haben sich die Delegierten des Landesparteitags ausgesprochen. Sie forderten stattdessen die SPD-Fraktion auf, für eine gesetzliche Regelung zu sorgen, wie sie etwa in Hamburg gilt, wo das Mandat während der Amtszeit ruhen kann. Mit NachrückerInnen im Abgeordnetenhaus könne sich die SPD breiter aufstellen, so die Befürworter einer raschen Regelung. Die Abgeordneten seien frei gewählt, ihre Wählerinnen und Wähler erwarten von ihnen auch die Ausübung des Mandats, so das Gegenargument.



Mitgliederehrung (v.l.n.r.): Michael Barthel, Jutta Hertlein, Burgi Hänelt, Michael Müller, Heinz Craatz, Roland Tremper.

Mitgliederehrung

Zu Beginn des Landesparteitags ehrte der Landesvorsitzende Michael Müller langjährige Mitglieder der Berliner SPD. Unter ihnen war der 98-jährige Heinz Craatz aus Mitte, der der SPD über 80 Jahre angehört. Auf 60 Jahre Mitgliedschaft blickt Burgi Hänelt zurück, sie war lange Jahre Mitarbeiterin im SPD-Landesverband. Für 50 Jahre Mitgliedschaft wurde der frühere Schöneberger Bezirksbürgermeister Michael Barthel geehrt. 40 Jahre sind die frühere Abgeordnete Jutta Hertlein und der Gewerkschafter Roland Tremper dabei. ■ vwb



Landesparteitag: Andreas Geisel, Angelika Schöttler, Raed Saleh, Michael Müller.

„LASST UNS DEN AUFBRUCH WAGEN“ Koalition hat mit der Arbeit begonnen

Als gute Grundlage für einen gemeinsamen Erfolg, aber auch für eine sozialdemokratische Profilierung hat der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag bezeichnet. Es gebe einen Politikwechsel, der eine Chance für die Stadt bedeuten könne, sagte Müller auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 5. Dezember. „Lasst uns den Aufbruch wagen“, so Müller. „Vielleicht gelingt es über eine gute Regierungsarbeit auch, Machtoptionen für die SPD über Berlin hinaus zu eröffnen.“ In geheimer Abstimmung sprachen sich 213 Delegierte (89,5%) für den Vertrag aus, es gab 16 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen.

Jetzt könne man umsetzen, was in den vergangenen Jahren von der CDU blockiert worden sei, erklärte Müller. Das Wahlergebnis nannte er enttäuschend. Aber die SPD habe einen Regierungsauftrag erhalten. Die Menschen erwarten jetzt, dass die Probleme angepackt werden. Müller betonte die Bedeutung der sozialen Fragen. Sie ziehen sich durch alle Ressorts. „Wir müssen die mitnehmen, die sich abgehängt fühlen“, so Müller.

„Es gibt in der Gesellschaft eine tiefgehende Verunsicherung“, so der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh. Jetzt gehe

es darum, dass die Menschen wieder ein Grundvertrauen bekommen. „Wenn Rot-Rot-Grün in der Hauptstadt erfolgreich ist, dann geht das auch im Bund.“ Die entscheidende Frage für Saleh lautet: „Machen wir das Leben für die Menschen besser?“

Über 100 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben an der Erarbeitung des Koalitionsvertrages mitgewirkt. Die DGB-Vorsitzende Doro Zinke dankte auf dem Parteitag ausdrücklich auch für die Einbeziehung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern.

In einer gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand und Fraktion hatten sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats am 6. Dezember vorgestellt, am 8. Dezember wurden sie vereidigt. Michael Müller wird von den Staatssekretär*innen Steffen Krach, Björn Böhning und Sawsan Chebli unterstützt. Gesundheit, Pflege und Gleichstellung übernimmt Dilek Kolat mit den Staatssekretär*innen Barbara König und Boris Velter, Inneres und Sport Andreas Geisel mit Christian Gaebler, Sabine Smentek und Torsten Akmann, Bildung, Jugend und Familie Sandra Scheeres mit Sigrid Klebba und Mark Rackles, Finanzen Matthias Kollatz-Ahnen mit Margaretha Sudhof und Klaus Feiler. ■ uh

BLICK IN DIE
BEZIRKE

In den meisten Bezirken haben die Wahlen zu den Bezirksämtern stattgefunden. So ist die SPD dort vertreten:

Charlottenburg-Wilmersdorf: Reinhard Naumann (Bezirksbürgermeister, Abteilung Personal und Finanzen mit Wirtschaftsförderung), Heike Schmitt-Schmelz (Stadträtin für Jugend, Familie, Bildung, Sport und Kultur)

Friedrichshain-Kreuzberg: Wahl voraussichtlich Mitte Dezember.

Lichtenberg: Wahl voraussichtlich Mitte Dezember.

Marzahn-Hellersdorf: Gordon Lemm (Stadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie)

Mitte: Ephraim Gothe (stellv. Bürgermeister und Stadtrat für Stadtentwicklung)

Neukölln: Dr. Franziska Giffey (Bezirksbürgermeisterin, Abteilung Finanzen und Wirtschaft), Jan-Christopher Rämer (Stadtrat für Bildung, Schule, Kultur und Sport)

Pankow: Rona Tietje (Stadträtin für Jugend, Wirtschaft und Soziales)

Reinickendorf: Uwe Brockhausen (Stadtrat für Wirtschaft, Gesundheit, Integration und Soziales)

Spandau: Helmut Kleebank (Bezirksbürgermeister, Personal, Finanzen), Stefan Machulik (Bürgerdienste, Ordnungsamt, Jugend)

Steglitz-Zehlendorf: Michael Karnetzki (stellv. Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Bürgerdienste, Ordnung und Verkehr), N.N. (Stadträtin für Jugend und Sport)

Tempelhof-Schöneberg: Angelika Schöttler (Bezirksbürgermeisterin, Abteilung Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung), Oliver Schworck (Stadtrat für Jugend, Umwelt, Gesundheit, Schule und Sport)

Treptow-Köpenick: Oliver Igel (Bezirksbürgermeister, Abteilung Bürgerdienste, Personal, Finanzen, Immobilien und Wirtschaft), Rainer Hölmer (Stadtrat für Bauen, Stadtentwicklung und öffentliche Ordnung)

BERLIN GEMEINSAM GESTALTEN

Der Koalitionsvertrag: Schwerpunkte für Berlins Zukunft

In sechswöchigen Verhandlungen haben sich SPD, Linke und Grüne auf einen Koalitionsvertrag verständigt. Unter dem Motto „Berlin gemeinsam gestalten: solidarisch – nachhaltig – weltweit“ setzen die drei Parteien neue Schwerpunkte. Viele wichtige Punkte stammen aus dem SPD-Wahlprogramm.

● **Arbeit/Soziales:** Spätestens ab 2018 sollen die Mietzuschüsse für Sozialmieterinnen und Sozialmieter steigen. An Musikschulen werden künftig mindestens 20 Prozent Festangestellte arbeiten. Außerdem soll es eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen geben. Geprüft wird eine Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die nicht genügend ausbilden. Die Plätze in der Kältehilfe sollen von 800 auf 1000 aufgestockt werden. Für Behinderte soll es rollstuhlgerechte „Inklusionstaxis“ geben.

● **Bauen/Mieten/Wohnen:** Bis 2021 sollen die landeseigenen Gesellschaften 6000 Wohnungen pro Jahr bauen. Der Bestand kommunaler Wohnungen wird bis 2025 auf 400.000 erhöht. Die Hälfte der landeseigenen Neubauwohnungen soll Berlinerinnen und Berlinern mit einem Wohnberechtigungsschein zur Verfügung stehen. Für die Mieterinnen und Mieter der landeseigenen Gesellschaften sollen Mieterhöhungen für vier Jahre auf jährlich zwei Prozent begrenzt werden.

● **Finanzen:** Der Zweiklang aus Investieren und Konsolidieren bleibt erhalten. Künftig wird es möglich sein, auch mehr als 50 Prozent der Überschüsse in Infrastrukturprojekte zu investieren, jedoch bleibt eine Mindesttilgung von 80 Millionen Euro gesichert. Die Investitionsquote wird ab 2018 um jährlich mindestens 2 Milliarden Euro erhöht. In 2017 werden z.B. für Schulbau und -sanierung zusätzlich 100 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

● **Gesundheit:** Die Investitionsquote des Landes in der Krankenhausversorgung wird auf den Bundesdurchschnitt angehoben. Die Kliniken sollen mit den freiwerdenden Mitteln die Personalsituation verbessern. Es werden ein Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene gestartet und mobile Drogenprüfstände in der Stadt eingerichtet.

● **Inneres/Sicherheit:** Am Alexanderplatz wird eine Kombiwache aus Bundes- und Landespolizei eingerichtet. Die Polizei erhält einen Bürgerbeauftragten als Ansprechpartner. Polizisten sollen besser besoldet und in einem Modellprojekt mit „Bodycams“ für Video-



Sechs Wochen lang tagten die Verhandlungsgruppen im Roten Rathaus.

aufnahmen ausgestattet werden. Bei Verfassungsschutz und Polizei wird der Einsatz von V-Leuten eng begrenzt und muss vom Staatssekretär beziehungsweise vom Polizeipräsidenten genehmigt werden.

● **Jugend:** Die Koalition will die Bedarfsprüfung für einen Kita-Platz überflüssig machen. Spätestens ab August 2018 bekommt jedes Kind zum ersten Geburtstag einen Willkommensgutschein für eine Betreuung von täglich sieben Stunden. Außerdem gibt es einen flächendeckenden Ausbau von Familien- und Stadtteilzentren. Zur Bekämpfung von Kinderarmut wird ein Familienfördergesetz auf den Weg gebracht.

● **Kultur:** Die Koalition setzt sich für eine Zeitspanne mit freiem Eintritt in Berlins Museen ein. Die Förderung der freien Szene wird deutlich erhöht, die solide soziale Absicherung selbständiger Künstlerinnen und Künstler als Ziel festgeschrieben. Über den Standort der Zentral- und Landesbibliothek wird in einem partizipativen Prozess entschieden.

● **Personal/Verwaltung:** Bürgeramtstermine sollen ab Ende 2017 innerhalb von zwei Wochen zu haben sein. Auch die IT-Ausstattung der Bezirksämter soll vereinheitlicht werden. Die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst soll bis zum Ende der Legislaturperiode um 20 Prozent erhöht werden. Die Beamtenbesoldung wird auf den Länderdurchschnitt angehoben.

● **Schule:** Die Gemeinschaftsschule wird als Schulart ins Schulgesetz aufgenommen. Die Bezirke sollten ermuntert werden, bei allen Neubauten mit Gemeinschaftsschulen zu planen. Grundschullehrer werden besser bezahlt, schrittweise bis auf die Stufe A13/E13. An den Schulen werden Verwaltungsstellen und IT-Stellen geschaffen.

Das Probejahr an den Gymnasien bleibt.

● **Umwelt/Energie:** Strom- und Gasnetze sollen rekommunalisiert werden. Das Stadtwerk wird mit Eigenkapital von mindestens 100 Millionen Euro ausgestattet und soll künftig mit Öko-Strom handeln können. Berlin soll 2017 aus der Braunkohle und 2030 aus der Steinkohle aussteigen. Das Pilotprojekt zur Reinigung der öffentlichen Parks durch die BSR will Rot-Rot-Grün fortsetzen und schrittweise ausweiten.

● **Verkehr:** Die Radverkehrsinfrastruktur soll mit zunächst 40, ab 2019 mit 51 Millionen Euro pro Jahr ausgebaut werden: Radstreifen, Fahrradstraßen und 100 Kilometer Radschnellverbindungen. Das Straßenbahnnetz wird ebenfalls ausgebaut. Das BVG-Sozialticket kostet nur noch 25 statt 36 Euro. Die Tangentialverbindung Ost kommt. Auf dem S-Bahnring soll der 5-Minuten-Takt ausgeweitet werden. Die Straße „Unter den Linden“ soll ab 2019 für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden.

● **Wirtschaft:** Der Senat entwickelt eine Digitalisierungsstrategie für die Wirtschaft und baut den 5G-Mobilfunk aus. Wer Aufträge vom Land bekommen will, muss MitarbeiterInnen einen Mindestlohn von neun Euro zahlen.

● **Wissenschaft:** Die Hochschulen bekommen in den neuen Hochschulverträgen ab 2018 jedes Jahr 3,5 Prozent mehr Geld, die Verträge laufen fünf statt bisher vier Jahre. Die Zahl der Lehramtsabsolventen an Berlins Hochschulen wird auf 2000 pro Jahr verdoppelt. Gute Arbeit soll auch in der Wissenschaft gegeben sein. Der bundesweit einmalige studentische Tarifvertrag soll weiterentwickelt werden. ■ **Christina Bauermeister**

Der vollständige Vertrag im Internet:
www.spd.berlin/koavertrag2016

PROBLEME LÖSEN, ANSPRECHBAR SEIN

Mitgliederforen: Debatte zum Bericht der AG Wahlanalyse

Gut 100 Mitglieder waren zum Mitgliederforum nach Karlshorst gekommen, gut 200 waren es in Siemensstadt. Auf beiden Foren stand der Bericht der AG Wahlanalyse zur Diskussion, in dem zahlreiche Ursachen für das unbefriedigende Wahlergebnis vom 18. September aufgezählt werden. „Die Ambivalenz des Wahlergebnisses (quantitativ reicht's zur Regierungsbildung, qualitativ eine starke negative Verschiebung) war Ausgangspunkt und Dauerthema in den Beratungen der sechs beauftragten GenossInnen“, so Mark Rackles, Leiter der Arbeitsgruppe des Landesvorstands.

Die Glaubwürdigkeit der Politik, das Erscheinungsbild der SPD und die Kompetenz, Probleme zu lösen, spielten bei beiden Veranstaltungen eine wesentliche Rolle. Die selbstkritische, aber auch sehr differenzierte Analyse fand bei den Mitgliedern in vielen Punkten Zustimmung. Der Neustart in den Koalitionsverhandlungen sei eine Chance für die SPD, so Mark Rackles. Zwar wurden in der Diskussion auch Glaubwürdigkeits-



Mitgliederforum in Siemensstadt: Die selbstkritische Einschätzung der AG Wahlanalyse stand im Mittelpunkt einer offenen Diskussion mit Mark Rackles und dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller.

lücken der SPD beklagt, andererseits habe die SPD in vielen Punkten gehalten, was sie versprochen habe. So ist der Mindestlohn eingeführt, der Mieterschutz ist verbessert worden, in Berlin ist die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken. In etlichen Bereichen, etwa beim Ausbau des öffentlichen Dienstes, sei bereits umgesteuert worden, die Ergeb-

nisse seien aber für die Berlinerinnen und Berliner noch nicht sichtbar und erfahrbar geworden.

Um für weibliche Wählerinnen attraktiver zu werden, müsse auch die SPD selbst sichtbar weiblicher werden, merkten Mitglieder an. Das müsse sich auch in Führungspositionen ausdrücken. Angeregt wurde zudem, vor Ort im Kiez stärker Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Gruppen einzugehen.

Die SPD müsse konsequent über die fünf Jahre hinweg Gesprächsangebote machen, so eine der Schlussfolgerungen. Dazu wird es in Bereichen, in denen die SPD nicht mehr direkt mit Abgeordneten vor Ort vertreten ist, Patenschaften anderer Mitglieder der Fraktion geben. Neben dem Kümmern um die praktischen kommunalpolitischen Anliegen müsse wieder klarer erkennbar werden, welche Vision die Sozialdemokratie von einer gerechten Gesellschaft habe.

In künftigen Wahlkämpfen müsse die SPD früher und pointierter einsteigen, so eine Schlussfolgerung von Michael Müller. Weitgehend Einigkeit herrschte auch darüber, dass die SPD versuchen müsse, einen Teil enttäuschter Wählerinnen und Wähler, die diesmal Rechtspopulisten wählten, zurückzuholen. ■ *uh*

VORWÄRTS
PERSÖNLICH

Fachausschüsse. Der SPD-Landesvorstand hat die Fachausschussvorsitzenden berufen. FA I - Internationale Politik: Karl-Heinz Niedermeyer; FA II - Europa: Fabian Fischer; FA III - Innen- und Rechtspolitik: Florian Dörstelmann; FA IV - Kinder, Jugend und Familie: Burkhard Zimmermann; FA V - Stadt des Wissens: Monika Buttgerit, Matthias Trenczek; FA II - Wirtschaft und Arbeit: Barbara Loth; FA VIII - Soziale Stadt: Wahltermin offen; FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz: André Lossin; FA X - Natur, Energie, Umweltschutz: Heike Stock; FA XI - Mobilität: Sybille Uken; FA XII - Kultur: Barbara Scheffer; FA XIII - Strategien gegen Rechts: Susanne Kitschun; Forum Sport: Karin Halsch; Forum Netzpolitik: Yannick Haan, Ute Pannen

Horst Koths, Mitglied der SPD Südende, hat es jetzt schriftlich: Ende 2017 gehört er der Sozialdemokratie 70 Jahre an. Koths war als 15jähriger am Tag vor Heilig-



abend 1947 bei den Falken eingetreten und im Sommer 1949 in die SPD. Zugehörigkeiten zu Jugendorganisationen werden auf die SPD-Mitgliedschaft angerechnet. Jetzt hat Koths die Falken-Zeit beim SPD Mitglieder-service nachtragen lassen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@
spd-berlin.de



Neumitgliedertreffen: Am 1. Dezember begrüßten der Landesvorsitzende Michael Müller und Landesgeschäftsführer Dennis Buchner die Neumitglieder des letzten halben Jahres.

„JETZT ENGAGIEREN“
Treffen der Berliner Neumitglieder

Sie wollen sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen und gegen Populismus: Gut 120 der 500 Neumitglieder der zurückliegenden fünf Monate kamen am 1. Dezember zum Neumitgliedertreffen mit Michael Müller und Landesgeschäftsführer Dennis Buchner ins Kurt-Schumacher-Haus.

Ein besonders großer Schub war nach der Wahl Donalds Trumps zum Präsidenten der USA zu verzeichnen: Viele nahmen die Wahl des polarisierenden Politikers als Anlass, der SPD beizutreten. In Zeiten des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien entstand bei vielen Berlinerinnen und Berlinern der Wunsch, eine klare Gegenposition deutlich zu machen. Das überraschend hohe Er-

gebnis der AfD bei der Abgeordnetenhauswahl im vergangenen September bewegte ebenfalls viele zum Engagement.

Viele Neumitglieder wollen sich aktiv ins Parteileben einbringen. Etliche Fragen drehten sich um konkrete Mitmachmöglichkeiten wie die zahlreichen Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse auf Bezirks-, Kreis- oder Landesebene. Großes Interesse bestand auch an den Bildungsangeboten und Veranstaltungen der SPD oder von Bildungsträgern wie dem August Bebel Institut. Aber es wurden auch viele konkrete Fragen angesprochen: bezahlbarer Wohnraum, Schulanierungen oder Verbesserungen in der Verwaltung. ■ L.F./wb

KOMMUNALE KOMPETENZ
SGK Berlin wählt neuen Vorstand

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V. (SGK Berlin) hat auf ihrer Jahreshauptversammlung Anfang November einen neuen Vorstand gewählt.

Alter und neuer Landesvorsitzender ist der ehemalige Baustadtrat aus Tiergarten Horst Porath (von 1989 bis 2000). Sein 1. Stellvertreter wurde Frédéric Verrycken, MDA, weitere Stellvertreter sind Ellen Hausdörfer (Bezirksverordnete in Treptow-Köpenick), Irene Köhne und Martina Hartleib (stellv. Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in der SPD). Zum Schatzmeister wurde Oliver Igel (Bezirksbürgermeister in Treptow-Köpenick) gewählt. Schriftführerin ist Barbara Scheffer (Mitglied im Landesvorstand der SPD und Beauftragte für Kultur im Landesvorstand der SPD).

Die SGK ist ein der Sozialdemokratie

eng verbundener Verein, in dem sich Kommunalpolitikerinnen und -politiker jeglicher Art zusammenschließen. Sie sehen sich den sozialdemokratischen Grundsätzen verpflichtet. In der SGK engagieren sich Bezirksverordnete, Bezirksamtsmitglieder, Abgeordnete des Abgeordnetenhauses und des Bundestages, Mitglieder von Initiativen sowie in anderer Weise kommunalpolitisch interessierte und aktive Menschen. ■ vwb



Der neu gewählte SGK-Vorstand mit Horst Porath (3. v. l.)

SPD-QUEER: NEUE
SPITZÉ MIT BERLINERIN

Die Berliner Sozialdemokratin Petra Nowacki ist neue Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos). Zugleich benannte sich die AG nach zwei Jahren intensiver Diskussion in „AG Akzeptanz und Gleichstellung“ um. Die Kurzform der AG soll SPDqueer sein. Der Parteivorstand der SPD muss dem neuen Namen der AG noch zustimmen.

Für die Berliner SPD gratulierte der Landesvorsitzende Michael Müller Petra Nowacki zu ihrem neuen Amt: „Sie wird das unermüdliche Engagement ihres



Petra Nowacki, Sozialdemokratin aus Tempelhof-Schöneberg, ist neue Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft „Akzeptanz und Gleichstellung“.

Vorgängers Ansgar Dittmar fortführen. Gerade in diesen Zeiten, in denen Rechtspopulismus und Hass immer mehr Zulauf erfahren, ist es umso wichtiger, jeden Tag aufs Neue gegen Homophobie und für die Gleichstellung von Menschen unabhängig vom Geschlecht, Herkunft und ihrer sexuellen Orientierung zu kämpfen. Wir freuen uns, dass mit Petra Nowacki nun eine Sozialdemokratin aus Berlin die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD anführt.“ Mit dem aus Mitte kommenden Martin Schöpe wurde ein weiteres Berliner Mitglied in den Bundesvorstand gewählt.

Petra Nowacki, geboren 1965, war zuvor bereits vier Jahre lang stellvertretende Bundesvorsitzende der Schwusos. Mit ihrer Kandidatur, so Petra Nowacki, wolle sie auch einen Beitrag dazu leisten, dass die Schwusos wahrnehmbare weibliche Gesichter haben.

„Jetzt geht es darum, dass wir uns klar gegen Rechtspopulismus und Hass positionieren“, erklärte sie nach ihrer Wahl. „Wir müssen das Vertrauen der Community in die Queerpolitik der SPD stärken und gemeinsam für die Eheöffnung, für die Rehabilitierung der Opfer des §175 und für bessere Rahmenbedingungen für Regenbogenfamilien kämpfen.“

■ vwb